

7/1994 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Alarmierende Beschlüsse von Bündnis 90/Grüne

Zu den Ergebnissen des Parteitages von Bündnis 90/Die Grünen in Mannheim erklärte der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Beschlüsse der Mannheimer Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am vergangenen Wochenende müssen jeden alarmieren, der diese Partei in letzter Zeit als „gemäßigt“ verharmlost hat. Sollten Bündnis 90/Die Grünen ihr strategisches Ziel – nämlich eine rot-grüne Koalition auf Bundesebene – erreichen, so hätte dies innen- wie außenpolitisch verheerende Auswirkungen für Deutschland.

Mit ihren radikalen Parolen und Positionen würde diese Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung jede Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung – und damit auf die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze – zunichte machen und die Zukunftschancen unseres Landes zerstören. Ausländische Investoren würden abgeschreckt werden und die Innere Sicherheit nicht mehr gewährleistet sein.

Außen- und sicherheitspolitisch würde der radikale Kurs von Bündnis 90/Die Grünen Deutschland in die Isolierung treiben und das Ende der Politischen Union Europas sowie unseres Bündnisses mit den Vereinigten Staaten von Amerika bedeuten. In diesem Punkt sind die Gemeinsamkeiten von Bündnis

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Niedersachsen

Christian Wulff und Josef Stock: Landtagswahl ist „Richtungsentscheidung für Niedersachsen“. Seite 2

Rot-Grün in Niedersachsen: Praktisch kein Spielraum mehr durch enorme Verschuldung. Seite 3

● 5. Parteitag

Reinhard Göhner: Wir haben die Vision einer freien und verantwortlichen Gesellschaft. Einführungsidee des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission. Seite 5

● Sozialdemokraten

Bosnien hat es wieder gezeigt: SPD in der Außenpolitik tief gespalten. Seite 11

Grundsatzprogramm

Freiheit in Verantwortung. Beschluß des 5. Parteitages der CDU vom 23. Februar in Hamburg. Grüner Teil

Christian Wulff und Josef Stock:

Landtagswahl ist „Richtungsentscheidung für Niedersachsen“

Als „Richtungsentscheidung für Niedersachsen, bei der zwei unterschiedliche Konzepte buchstäblich zur Wahl stehen“, haben der CDU-Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Christian Wulff, und der Landesvorsitzende der Niedersachsen-CDU, Josef Stock, die Landtagswahlen am 13. März bezeichnet.

Während die rot-grüne Landesregierung unter Führung von Gerhard Schröder in den politischen Grabenkämpfen aus den siebziger Jahren der alten Bundesrepublik verharre, setze die CDU auf ein Konzept, das gegen alle Verzagttheit entschlossen die Herausforderungen der Zeit annehme. SPD und Grüne ergriffen wechselseitig die Flucht vor den Ergebnissen ihres Regierungsbündnisses, das

Schröder als Zukunftsmodell für Deutschland preise.

Schröders wirtschafts- und industriepolitischer Ansatz sei veraltet. Er befürworte planwirtschaftliche Modelle der Staatsbeteiligung, anstatt die Wettbewerbsfähigkeit in niedersächsischen Unternehmen zu fördern.

Vorsorge statt Nachsorge

Anstatt auf staatlichen Dirigismus und hektisches Krisenmanagement zu setzen, sei eine Beschäftigungsinitiative durch die Förderung des Mittelstandes und die deutliche Erhöhung der Investitionsquote im niedersächsischen Landeshaushalt notwendig.

Niedersachsen brauche endlich wieder einen marktwirtschaftlichen Gesamtansatz und statt Nachsorge die Vorsorge für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Fortsetzung von Seite 1)

90/Die Grünen mit großen Teilen der SPD besonders deutlich sichtbar. Solche Gemeinsamkeiten bestehen beispielsweise aber auch im Blick auf die von Bündnis 90/Die Grünen vertretene Steuererhöhungspolitik.

Es ist das erklärte Ziel von Bündnis 90/Die Grünen, gemeinsam mit der SPD die Koalition der Mitte durch ein rot-grünes Bündnis auf Bundesebene abzulösen. Eine solche Koalition wird in Wahrheit auch vom SPD-Kanzlerkandidaten und seiner Partei angestrebt, um an die Macht im Bund zu gelangen. In Niedersachsen

und Hessen wird Rot-Grün bereits vor-exerziert. Die SPD scheut sich dort nicht, mit einer Partei zu koalieren, die zum Beispiel die Abschaffung der Bundeswehr fordert oder durch Technikfeindlichkeit innovative Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft bewußt lähmt und damit die Zukunft unseres Landes aufschwerste gefährdet.

Die SPD muß in aller Klarheit die Frage beantworten, ob sie Rot-Grün auch im Bund will. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wird sie dazu zwingen, endlich die Koalitionsfrage zu beantworten.

Rot-Grün in Niedersachsen

Praktisch kein Handlungsspielraum mehr durch enorme Verschuldung

Zu einem vernichtenden Urteil ist das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) bei seiner Untersuchung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot-grünen Landesregierung vom Sommer 1993 gekommen.

Die Wissenschaftler stellten heraus, daß die Landesregierung des Ministerpräsidenten Schröder trotz enorm verbesserter Einnahmen die Verschuldung in die Höhe getrieben und durch drastische Personalaufstockung Landesmittel dauerhaft so gebunden hat, daß praktisch kein Handlungsspielraum mehr besteht. Die Analyse im einzelnen:

- Das Gutachten erklärt, die jetzige Regierung habe bei Amtsantritt vergleichsweise günstige gesamt- und finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen vorgefunden, zumal die vorige CDU-Regierung den Personalbestand stärker als in anderen Ländern verringert habe.
- Mit dem Konjunkturschub im Zuge der Wiedervereinigung sind von Mitte 1990 bis Mitte 1993 die niedersächsischen Steuereinnahmen mit durchschnittlich 7,3 Prozent stärker angestiegen als die der übrigen Länder (Durchschnitt 6,2 Prozent). Im selben Zeitraum hat die Regierung Schröder die Ausgaben jedoch durchschnittlich um 6,8 Prozent erhöht, die anderen Länder im Schnitt um nur 5,4 Prozent. Dadurch hat das Land Niedersachsen zwar 6,2 Mrd. DM mehr eingenommen, gleichzeitig hat die Schröder-Regierung jedoch 14,4 Mrd. DM mehr ausgegeben.

- Anstatt in der günstigen Konjunkturphase des Einheitsbooms Ausgaben zurückzufahren, sind die Schulden der Landesregierung jährlich um durchschnittlich 10,8 Prozent gewachsen. In den ersten drei Jahren rot-grüner Finanzpolitik hat die Schröder-Regierung 9 Mrd. DM neue Schulden gemacht.

- Darüber hinaus hat die Schröder-Regierung 1,6 Mrd. DM Rücklagen aufgebraucht, die von der CDU/FDP-Landesregierung als Sparguthaben für schlechte Zeiten gebildet worden waren.

- Ein bedeutender Teil der Mehrausgaben floß in den Personaletat, dessen Steigerungsrate über dem Durchschnitt aller Länder liegt. Der Landesdienst wurde um 8.900 Stellen aufgebläht, ohne eine einzige der schon vorhandenen 220.000 Stellen einzusparen oder zu verlagern. Nirgendwo sind deshalb die Personalausgaben und die Neuverschuldung in den Jahren 1990 bis 1993 stärker gestiegen als in Niedersachsen. Allein die Ministerialbürokratie wurde um 20 Prozent aufgebläht.

- Die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat errechnet, daß unter Schröders Herrschaft jeder Niedersachse im Jahr 235 DM für die politische Führung und die zentrale Verwaltung des Landes bezahlen muß, während die Vergleichszahl der anderen Länder bei 192 DM liegt.

- So wurden gleich nach dem Regierungswechsel zahlreiche ehemalige Abgeordnete von SPD und Grünen mit hochdotierten Posten im Landesdienst versorgt. Die Ehefrau eines Landtagsabge-

ordneten der Grünen wurde von A 13 sogleich auf B 6 gehievt und verdoppelte damit auf einen Schlag ihr Jahresgehalt.

● Einen „dramatischen Rückgang“ verzeichnet das RWI bei den Investitionen. Unter der rot-grünen Regierung Schröders erreichte Niedersachsen die niedrigste Investitionsquote in seiner Geschichte. Insbesondere in den wichtigen Zukunftsbereichen des Verkehrs- und Nachrichtenwesens hat es laut RWI einen wahren „Investitionseinbruch“ gegeben. Die neu aufgenommenen Kredite sind folglich überwiegend in den Staatskonsum geflossen.

● Niedersachsen hatte unter Schröder 1992 die wenigsten Unternehmensgründungen im Vergleich aller Bundesländer.

● Die Darlehenshilfen für den Mittelstand wurden um 100 Mio. DM gekürzt. Diese Wirtschaftsförderung soll nach dem Willen von SPD und Grünen schließlich vollständig eingestellt werden.

● Das mittelstandsorientierte Technologieprogramm wurde von der rot-grünen Regierung abgeschafft.

Das RWI-Gutachten zieht die Schlußfolgerung, daß Niedersachsen bis 1996 einen Konsolidierungsbedarf von über 3 Mrd. DM aufhäufen wird, falls der Kurs der rot-grünen Landesregierung nicht korrigiert werde. Der Finanzpolitik der Regierung Schröder, so das Fazit des RWI, fehle eine verlässliche Perspektive. Rot-Grün setzt auch über die Landesgrenzen hinaus die Zukunftsfähigkeit

DOKUMENTATION

Der Niedergang der „Schmucken Riege“

Das Versagen der SPD in den Ländern



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

unserer Wirtschaft aufs Spiel. So hat die rot-grüne Landesregierung wichtige Gesetzesvorhaben im Bundesrat — teilweise sogar im Gegensatz zu anderen SPD-regierten Ländern — abgelehnt, darunter

- das Standortsicherungsgesetz
- die Novellierung des Gentechnikgesetzes (zusammen mit Rot-Grün in Hessen) und
- das Asylrechtsgesetz, dem Gerhard Schröder für die Bundes-SPD zuvor zugestimmt hatte.

DAS VERSAGEN der rot-grünen Landesregierung auch in der Innenpolitik, Familien-, Sozial- und Bildungspolitik sowie eine „Skandal-Chronik“ finden Sie in der Broschüre „Der Niedergang der ‚Schmucken Riege‘. Das Versagen der SPD in den Ländern“. — Diese Broschüre können Sie in unserem IS-Versandzentrum, Postfach 11 64, 33759 Vermold, beziehen: Bestell-Nr.: **5797**, Verpackungseinheit: 25 Expl., Preis je Verpackungseinheit: 24 DM.

Reinhard Göhner:

Wir haben die Vision einer freien und verantwortlichen Gesellschaft

Hier in diesem Saal haben wir am Vorabend der Wiedervereinigung, am 2. Oktober 1990, beschlossen, unser Grundsatzprogramm von 1978 fortzuschreiben. Es sind nicht die 16 Jahre, die uns vom Ludwigshafener Programm trennen, sondern die geistigen und politischen Umbrüche in Deutschland, Europa und der Welt, die eine solche Fortschreibung erfordern.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts, der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, der fortschreitenden Integration Europas und der Überwindung der Spaltung Europas sind wir in eine neue Epoche unserer Geschichte eingetreten.

Aber nicht nur diese äußeren Umbrüche fordern von uns neue Antworten. Auch der innere Wandel in Deutschland ist tiefgreifend, und wir brauchen mehr als tagespolitische Antworten. Wir Deutschen können aus dieser zweiten Chance der Geschichte mehr machen als bisher. Wir brauchen dazu eine neue Wertedebatte: für die geistige und gesellschaftliche innere Einheit unseres Landes, gegen die Zunahme von Gewalt und Radikalismus in unserer Gesellschaft und gegen den kurzatmigen Pragmatismus der schlagzeilenorientierten politischen Unkultur unserer Zeit.

Die Schaffung der inneren Einheit erfordert geistig und gesellschaftlich eine Rückbesinnung auf die wesentlichen Bürgertugenden und Werte. Das zunehmend einseitige, rein individualistische Freiheitsverständnis unserer Zeit hat zu einem verstärkten Rückzug in die Privatheit geführt und in der Tendenz zu einer

besitzstandsverteidigenden Ellenbogengesellschaft. Gewiß: Individualität, Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung sind wichtige Elemente unseres Grundwertes der Freiheit.

Aber die Verantwortung für die Gemeinschaft gehört untrennbar zu unserem Freiheitsverständnis dazu. Deshalb wollen wir unser Grundsatzprogramm unter das Motto „Freiheit in Verantwortung“ stellen, um diesen in unserer Gesellschaft

Einführungsrede des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm- Kommission am 22. Februar 1994

zunehmend aufgelösten Zusammenhang wiederherzustellen.

Wir brauchen nicht nur eine neue Wertedebatte, sondern wir brauchen auch eine neue Gesellschaftskritik: gegen den scheinbar grenzenlosen Individualismus, den Rückzug ins Private und die tendenzielle Abwendung vieler Menschen von allem Politischen, Öffentlichen, Gemeinschaftlichen, Sozialen, Gewerkschaftlichen und Kirchlichen.

Ein Leitbild für die Gesellschaft und Gesellschaftskritik hat in der Programmatik der CDU nicht gerade Tradition. Im Gegenteil: Gesellschaftskritik war Ende der 60er und in den 70er Jahren eine Domäne der Linken. Aber der notwendigen und wirkungsvollen Debatte über Politikverdrossenheit muß jetzt diese

neue Gesellschaftskritik von uns Christlichen Demokraten folgen, weil die Debatte über Politikverdrossenheit nur an einem Symptom des Zustands unserer Gesellschaft kuriert. Wir brauchen eine breite Diskussion über die dahinterliegenden tieferen Ursachen.

Denn daß die Volksparteien, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Arbeitgeberverbände, andere große gesellschaftliche Institutionen derzeit allesamt an Attraktivität, an Ansehen, an Zustimmung und Mitgliedern verlieren, hat eine gesamtgesellschaftliche Ursache, die über die von den jeweiligen Organisationen zu verantwortenden Ursachen weit hinausgeht:

Unsere privatistische Rückzugsgesellschaft ist die Folge des einseitig individualistischen Freiheitsverständnisses. Die neue Wertedebatte und die neue Gesellschaftskritik stehen daher in einem inneren Zusammenhang der Erneuerung unserer Gesellschaft.

Die Idee verantworteter Freiheit gehört zu unserem christlichen Verständnis vom Menschen. Der Mensch ist zur Freiheit berufen und verantwortlich für das, was er aus dieser Freiheit macht. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind untrennbar miteinander verbunden. Aus dieser Grundüberzeugung erwächst unser Leitbild für eine freie und verantwortliche Gesellschaft, einer Bürgergesellschaft, die eben das Gegenmodell zur individualistisch-privatistischen Rückzugsgesellschaft unserer Tage darstellt.

Zur Freiheit gehört für uns die Verantwortung, zu Rechten gehören die Pflichten, zum Eigeninteresse gehört das Gemeinwohl und zum freien Bürger das Staatsbürgerbewußtsein.

Bürgertugenden und Bürgerpflichten, Loyalität und Mitwirkung

kennzeichnen einen demokratischen Patriotismus und damit unser Leitbild der freien und verantwortlichen Gesellschaft.

Dieses Leitbild prägt auch unser Konzept für die Zukunft von Wirtschaft, Arbeit und sozialer Gerechtigkeit. Neue soziale und wirtschaftliche Herausforderungen, die besonderen Anstrengungen zum Aufbau in den neuen Ländern, die Situation der öffentlichen Finanzen, all das macht uns klar: Wir stehen am Ende einer Epoche der Verteilung. Wir stehen am Beginn einer Epoche, in der von uns allen im umfassenden Sinne mehr Leistung verlangt wird.

Die Wohlstandsgesellschaft der alten Bundesrepublik kommt aus einer wachstumsverwöhnten Zeit. Wir waren — und in den Köpfen mancher sind wir noch — eine Verteilungsgesellschaft. Jetzt sind wir dazu gezwungen, eine Verantwortungsgesellschaft zu werden. Der einzelne Bürger kann gegenüber Gemeinschaft und Staat eben nicht in erster Linie Konsument oder Kunde sein, der beim Staat oder der Gemeinschaft Leistungen und Angebote wie aus einem Warenhauskatalog abrufen.

Eigenverantwortung, Eigenvorsorge, Selbstbeteiligung und solidarisches Miteinander sind die Kennzeichen einer freien und verantwortlichen Gesellschaft. Und das heißt gleichzeitig: den Staat nicht überfordern, damit der Staat stark sein kann, wo er gefordert ist.

Der Programmentwurf enthält nicht einen einzigen Vorschlag, der zu höheren Staatsausgaben führt. Wo Mehrausgaben erforderlich sind, wird ein aufkommensneutraler Umschichtungsvorschlag konzipiert.

Dieses Grundsatzprogramm ist kein politisches Wunschkonzert mit allen mögli-

chen Forderungen, die lieb und teuer sind. Von dem Wünschenswerten ist nur das durch Umbau Finanzierbare aufgenommen. Und ich appelliere an uns alle, heute alle Anträge abzulehnen, die diesen Weg der finanzpolitischen Solidität verlassen.

Wir sind mit unserem Konzept der Rückführung von Neuverschuldung, Staatsquote, Steuern und Abgaben — so wie wir von 1983 bis 1989 Neuverschuldung, Staats- und Abgabenquote zurückgeführt haben — nur dann glaubwürdig, wenn wir auf neue ausgaben erhöhende Forderungen verzichten.

Umschichtungen und Umbau sind nötig, und zwar vor allem solche Umschichtungen, meine Freunde, die der Familie zugute kommen. Wer die freie und verantwortliche Gesellschaft will, muß die Familie als Fundament unserer Gesellschaft stärken und unterstützen. Dort lernen die Menschen die Tugenden, die Eigenschaften, die Fähigkeiten, die für eine freie und verantwortliche Gesellschaft unverzichtbar sind: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbständigkeit und Mündigkeit. Deshalb wollen wir neue Prioritäten zugunsten von Familien mit Kindern setzen.

Deshalb streben wir den neuen Familienleistungsausgleich an. Nicht Lastenausgleich; nein, die Leistungen der Familie für die Gemeinschaft wollen wir ausgleichen durch eine stärkere steuerliche Entlastung.

Das erreichen wir durch das wohlabgewogene Familiensplitting, das wir nach ausführlicher Diskussion, nach intensiven Gesprächen mit Steuerexperten und Finanzwissenschaftlern in den Programmentwurf aufgenommen haben, und

nicht durch eine besondere Steuer für Kinderlose.

Auch aus wirtschaftlichen Gründen schlagen wir in diesem Grundsatzprogramm eine vollständige Neustrukturierung unseres Steuersystems vor. Wir haben gestern ein zukunftsweisendes Aktionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung beschlossen. Im Entwurf des Grundsatzprogramms legen wir einige langfristig angelegte, sehr viel weiter greifende Vorschläge vor. Dazu gehört die Neustrukturierung unseres Steuersystems.

Der entscheidende ökonomische Mangel unseres Steuersystems heute ist die im internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb zu hohe Belastung der produktiven Faktoren Arbeit und Betriebs- und Sachkapital durch die direkten Steuern. Wer bei uns arbeitet oder Arbeitsplätze schafft, zahlt dafür höhere Steuern als in fast allen anderen Industrieländern der Erde. Deshalb lautet unsere Devise: Runter mit den direkten Steuern und statt dessen den Konsum insbesondere bei Energieverbrauch und Umweltbelastungen steuerlich stärker belasten.

Indem wir das Steuersystem also ökonomisch und ökologisch neu strukturieren, stellen wir wichtige Weichen für die Fortentwicklung zur Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft sowie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Diese Fortentwicklung zu einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, verbunden mit der Bewahrung der Schöpfung, gehört zu den großen Botschaften des neuen Grundsatzprogramms. Im 78er-Programm kommt — bezeichnend für ein programmatisches und politisches Defizit der damaligen Zeit, dem auch die CDU erlag — das Wort Schöpfung nicht

ein einziges Mal vor. Für eine christlich-demokratische Partei eigentlich ein erstaunlicher Tatbestand. Wer von Schöpfung spricht, kann den Schöpfer nicht außer acht lassen.

Nach unserem christlichen Verständnis umfaßt Schöpfung Mensch und Natur — beides als Gottes Werk. Der Mensch ist eingewoben in das Netzwerk der Natur.

Deshalb sprechen wir uns dafür aus, unseren Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität ein neues Prinzip hinzuzufügen: das der Vernetzung — die Rückbindung all unseren Handelns und Wirkens in das tragende Netzwerk der Natur. Ich bin davon überzeugt: Vernetzung wird einer der Schlüsselbegriffe der Zukunft werden; denn er steht für die Synthese von Ökonomie und Ökologie, von technischem Können und ethischer Verantwortung; er steht für ein ganzheitliches Denken in den Kreisläufen der Natur.

Wahrung der Schöpfung, d. h. für uns gestalten, damit die Zusammenhänge und Wechselseitigkeiten im Netzwerk von Mensch, Natur und Umwelt erhalten werden.

Damit ziehen wir zugleich ethische Grenzen für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Wo die Würde des Menschen berührt oder die Schöpfung insgesamt gefährdet ist, liegen diese ethischen Grenzen.

Vernetztes Denken, das gilt es auch für die Zusammenhänge von Ökonomie und Ökologie zu verwirklichen. Wir treten mit diesem Programm für ein grundlegendes neues Verständnis von Wachstum und Wohlstand ein. Wachstum kann nicht mehr allein die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen unter Außerachtlassung der ökologischen Hypothesen sein, die wir scheinbar kostenlos aufnehmen und die sich als Altlasten später wieder präsentieren. Zum neuen Verständnis von

Wohlstand gehört eben eine gesunde Umwelt, eine geschützte Natur.

Wir sehen deshalb die Notwendigkeit zum Umdenken in allen Industriegesellschaften. Das neue Verständnis von Wachstum und Wohlstand wird ermöglicht durch die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft, indem wir den Weg zu ökologisch ehrlichen Preisen gehen und die Kosten für die Inanspruchnahme von Umwelt und unterlassener Umweltvorsorge einbeziehen.

Damit wird eine neue Art von Wachstum ermöglicht, eine neue Art von Wachstum, das eben nicht zunehmend Rohstoffe, Energie und Umwelt verbraucht, sondern endliche Ressourcen schon und regenerative Ressourcen nutzt. Dieses neue Wachstum gründet sich auf menschliche Intelligenz, auf Wissenschaft, auf Forschung und vor allem auf Technik und technische Fortentwicklung.

Diese Grundphilosophie der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, daß wir die bisher feste Statik des alten Ordnungsrechtes durch marktwirtschaftliche Instrumente ergänzen, das heißt auch, daß wir sie zu einem erheblichen Teil ersetzen. Deshalb wollen wir steuerliche Anreize für die Umweltschonung und die Umweltentlastung verstärken. Deshalb wollen wir den Umwelt- und Energieverbrauch stärker besteuern und Abgaben zur Vermeidung von Abfällen, Treibhausgasen und Schadstoffen einführen.

Es gehört für mich zu den Überraschungen dieses Parteitages, daß in den 2 500 Anträgen zum Grundsatzprogramm nicht in einem einzigen Antrag diese Vorschläge in Frage gestellt werden.

Deshalb glaube ich, heute sagen zu können: Wir werden diesen Wurf einer neuen ökologischen Ordnung wagen. Wir müs-

sen es wagen, weil das relativ starre alte Umweltrecht aus Ge- und Verboten, Stand der Technik und Grenzwerten keinen hinreichenden Anreiz bietet, innerhalb des Erlaubten zu höherer Umweltaffizienz beizutragen.

Einen Effizienzverlust werden wir uns wirtschaftlich und ökologisch in Zukunft nicht leisten können. Davon bin ich überzeugt.

Neue Wachstumsmärkte öffnen sich weltweit für Umwelttechnologien. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um in dieser Technologie weiter führend zu sein. Wo wollen wir denn neue Arbeitsplätze schaffen, wenn nicht auf diesen Wachstumsmärkten?

In Zeiten größerer wirtschaftlicher Herausforderungen hat Umweltpolitik nicht gerade Konjunktur. Das kann auch wirtschaftlich gefährlich sein. Die teuerste Umweltpolitik ist die der unterlassenen Umweltvorsorge.

Lassen Sie uns deshalb heute nicht den fatalen Fehler machen, aus falschen wirtschaftlichen Überlegungen heraus die große, generationenschwere Aufgabe an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert, nämlich die Bewahrung der Schöpfung, kleiner zu schreiben, als diese Herausforderung wirklich ist für uns.

Deshalb: Unser neues Verständnis von Wachstum und Wohlstand, unsere Konzeption der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, unsere Vernetzung von Ökonomie und Ökologie, unsere ethische Begründung für die Bewahrung der Schöpfung müssen eine der zentralen Botschaften unseres neuen Grundsatzprogramms werden.

Genauso wie wir diesem Prinzip der verantworteten Freiheit für unsere neue Art

des Wirtschaftens Rechnung tragen müssen, gilt dies auch für unsere Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die Chance auf Freiheit nach ganz Europa zurückgekehrt. So wie unsere Bündnispartner Frieden und Freiheit der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg verantwortungsvoll geschützt haben, ist es jetzt unsere Verantwortung, in der Gemeinschaft freier Völker unsere außen- und sicherheitspolitischen Pflichten zu übernehmen.

Das freiheitliche Europa ist eine Verantwortungsgemeinschaft, und Deutschland kann sich nicht mit einer neuen Sonderrolle, mit einer internationalen Isolation davonstellen.

Die Christlich Demokratische Union bleibt mit diesem Grundsatzprogramm die Partei der europäischen Einigung. Wir wollen eine starke Europäische Union mit zusätzlichen Befugnissen, zusätzlichen Zuständigkeiten und zusätzlichen politischen Souveränitätsrechten. Wir wollen eine größere Europäische Union, die unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn das Tor öffnet. Wir nehmen deshalb in diesem Programmentwurf Korrekturen gegenüber dem 78er Programm vor. Das mißverständliche Ziel der Vereinigten Staaten von Europa und das meines Erachtens die europäische Idee gefährdende Ziel eines europäischen Staates tauchen nicht mehr auf.

Ich will hier klar sagen, daß ich gegen einen europäischen Staat bin, gegen einen — wie Hermann Lübke es nennt — europäischen Großstaat.

Das Verhältnis der europäischen Union zu den Nationalstaaten, die sich wandeln werden, aber die wir nicht auflösen wollen, dieses Verhältnis wird sich anders, geschichtlich neuartig gestalten und ist

nicht mit alten staatsrechtlichen Begriffen zu fassen. Natürlich ist die Europäische Union bereits heute erheblich mehr als ein Staatenbund, und für uns kommt die Rückführung der europäischen Integration auf eine jederzeit wieder lösbare lokalkere Form überhaupt nicht in Frage.

Wir wollen ja schließlich zusätzliche Hohheitsrechte für Gesetzgebung, für die europäische Währung und für die Innere und Äußere Sicherheit auf die europäische Ebene übertragen.

Wenn es in der Kompromißformulierung der Antragskommission jetzt heißt, daß die Europäische Union bundesstaatlich gestaltet werden muß, so bedeutet dies eine föderative Ordnung zwischen der europäischen Ebene und den nationalen Ebenen.

Peter Hintze hat in seiner eindrucksvollen Rede auf die großen visionären Grundentscheidungen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts hingewiesen, jene visionären Grundentscheidungen, die von der CDU, von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl gegen den überwiegenden Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt wurden: die Westeinbindung der Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft — weltweites Vorbild —, die europäische Integration, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Hinter jeder dieser Grundentscheidungen standen und stehen Visionen.

Jetzt, an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert, wird es darauf ankommen, unsere Visionen für die nächsten Jahrzehnte aufzuzeigen und zu verwirklichen: die Vision einer freien und verantwortlichen Gesellschaft, jener Bürgergesellschaft, die an Stelle einer individualistisch-privatistischen Rückzugsgesellschaft von uns verwirklicht wird und mit der wir die innere und geistige Einheit Deutschlands gestalten können; die Vision einer gesamteuropäischen Frie-

densordnung jetzt, ausgangs eines Jahrhunderts, in dem Deutschland und Europa zweimal im Krieg lagen und in dem wir jetzt die Chance einer wirklich gesamteuropäischen Friedensordnung haben; schließlich die Vision zur Bewahrung der Schöpfung als globale Aufgabe der Menschheit, zu der wir mit unserem Weg der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, mit unserem neuen Verständnis von Wachstum und Wohlstand einen entscheidenden Beitrag leisten können.

Peter Hintze hat deutlich gemacht: Wir sind dabei, die Umbrüche, den tiefgreifenden inneren und äußeren Wandel zu gestalten. Während diejenigen, die einst Reformen auf ihre Fahnen schrieben, heute in Besitzstandswahrung, Status quo und altem Denken verharren und blockieren, gestalten wir den Wandel. Das ist für uns eine große strategische Chance.

Wir Christliche Demokraten sind diejenigen, die die Zeit des Wandels nutzen. Mit dem neuen Grundsatzprogramm werden wir uns als eine moderne Volks- und Programmpartei erweisen. Wer demgegenüber jeden Besitzstand für unantastbar erklärt, jede Veränderung im Innern als unsozial diffamiert, wer Deutschlands Rolle in der Welt aus dem alten Denken des Jahres 1989 und der geteilten Welt bestimmen will, der verpaßt diese Zeit.

Wir haben die Chance, unsere Visionen der Zukunft zu verwirklichen. So wie wir die visionären Grundentscheidungen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts in Deutschland geprägt haben, werden wir die Chance haben, unsere Visionen der freien und verantwortlichen Gesellschaft in einer gesamteuropäischen Union für Frieden und Freiheit und in der Bewahrung der Schöpfung zu verwirklichen. ■

Bosnien hat es wieder gezeigt: SPD in der Außenpolitik tief gespalten

Der Abschluß von vier serbischen Kampfflugzeugen am 28. Februar ist ein deutliches Warnsignal der NATO an die Adresse der Serben. Die serbischen Eindringlinge haben die Flugverbotszone über Bosnien verletzt, Bomben abgeworfen und damit den Abschluß ihrer Maschinen bewußt in Kauf genommen.

Wie die Eindringlinge haben die Serben viel zu lang die westliche Allianz für einen Papiertiger gehalten. Seit den Abschüssen hat sich genau dies geändert. Die Serben wissen nun, daß die NATO scharf schießt. Damit hat die NATO ihre Entschlossenheit und Durchsetzungskraft unter Beweis gestellt. Diese militärische Aktion zeigt deutlich, daß die Völkergemeinschaft das endlose Morden nicht länger tatenlos hinnehmen wird.

Die Bundesregierung hat den Einsatz als eine notwendige Konsequenz begrüßt. Daß deutsche Besatzungsmitglieder in den Awacs-Flugzeugen indirekt an dieser Aktion mitbeteiligt waren, zeigt darüber hinaus, daß Deutschland seine internationale Verantwortung für den Frieden wahrnimmt. Die Deutschen haben mitgeholfen, die UNO-Resolution 816 durchzusetzen.

Indes war vom SPD-Kanzlerkandidat Rudolf Scharping nichts zu hören, der noch vor wenigen Wochen auf der Münchener Wehrkundetagung großspurig bekundet hatte, es gäbe keine Unterschiede zwischen der SPD und der CDU in verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen.

Wen hat er mit der SPD gemeint? Herrn Klose etwa, der den NATO-Einsatz ausdrücklich begrüßte? Oder vielleicht Man-

fred von Opel, seines Zeichens SPD-Verteidigungsexperte, der den Aufklärungseinsatz der deutschen Soldaten in den Awacs-Maschinen als grundgesetzwidrig bezeichnete? Oder ist es Günter Verheugen, SPD-Bundesgeschäftsführer, dem die ganze Richtung nicht paßt, weil „damit deutsche Soldaten unmittelbar an einem Kriegseinsatz beteiligt sind“?

Allein schon durch die Androhung militärischer Gewalt durch die NATO ist der Artilleriebeschuß Sarajevos beendet worden. Der Abschluß der vier Kampfflugzeuge zwingt die Serben jetzt auch zur Einstellung ihrer Luftattacken. Die glaub-

**Die SPD ist in
entscheidender Stunde
nicht bündnisfähig.**

würdige Androhung militärischer Gewalt eröffnet nach mehr als zwei Jahren jetzt erstmals die realistische Chance auf Frieden. Zehntausenden von Menschen kann dies das Leben retten, Hunderttausenden die Heimat bewahren. Glaubwürdige Friedenspolitik kann auf die militärische Dimension als letztes Mittel nicht verzichten.

Bosnien hat es wieder gezeigt: die SPD bleibt in der Außenpolitik tief gespalten. Sie hat keine gemeinsame Linie. Sie ist in entscheidender Stunde nicht bündnisfähig und damit auch nicht regierungsfähig. Sie verkennt die militärische Dimension der Sicherheit. In Zeiten, wo Krisen, Kriege und Konflikte weite Teile des Ostens unseres Kontinents bedrohen, wäre die SPD ein Sicherheitsrisiko für Deutschland. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



Aus dem
Schlußwort des
Bundeskanzlers
in Hamburg

Helmut Kohl: Dieser Parteitag hat deutlich gemacht, daß wir, die CDU Deutschlands, gemeinsam mit unseren Freunden in der CSU entschlossen sind, um jede Stimme zu kämpfen. Kämpfen heißt: Wir setzen auf Sieg und nicht auf Platz. Es geht uns nicht um Machterhalt, um irgendwelche Pfründe, sondern es geht uns um das Wahrnehmen jener Verantwortung und jener Pflicht, die wir sehen, weil wir eben davon überzeugt sind, daß der Weg, den wir eingeschlagen haben, der richtige ist.

UID

7/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 52,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.